



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

ersch. wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,50 Goldmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: die 3 gespaltene Petitzeile 0,50 Goldmark, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 Goldmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

Sie wollen die Löhne herabsetzen.

Das ist die Absicht der Unternehmer, nicht nur der im Buchdruckgewerbe, auch die Besitzer der Steindruckbetriebe und der Schriftgießereien gehen darauf aus, die vertraglich festgelegten Wochenlöhne zu kürzen. Ein Teil unserer „Brot-herren“ bekennet das ganz offen und hat eine wesentliche Lohnkürzung beantragt. Dem Gewerbe soll damit geholfen werden, die Betriebe seien sonst nicht mehr konkurrenzfähig, so heißt es, und es soll wirklich Leute geben, die das Gerede glauben. Wir sind wieder einmal so weit wie in der Inflationszeit, die Unternehmer verlangen von den Arbeitern, daß sie die deutsche Wirtschaft gesund hungern sollen. Der Anfang und das Ende der Wirtschaftspolitik der deutschen Unternehmer besteht in dem Verlangen auf Abbau der Löhne, Heraushebung der Arbeitszeit, Befreiung von den „Fesseln“ der Tarifverträge und andere schöne Dinge, die die Lebenslage der Arbeiter verschlechtern würden und sollen. Nebenher gehen noch andere Forderungen an die jeweilige Regierung um Steuererleichterung und Ermäßigung ihrer sozialen Lasten, womit natürlich auch wieder die Arbeiter-schaft schwer getroffen würde.

Unsere Mitglieder haben in vielen Versammlungen, die nach der Bauleiterkonferenz allerorts abgehalten wurden, zur Sachlage kritisch Stellung genommen. Die ersten Berichte liegen vor, aus denen zu ersehen ist, daß überall die Kollegen und Kolleginnen die Absichten der Unternehmer gut erkannt haben und sie nicht willens sind, sich auf irgendein Wege langsam abzurufen zu lassen. Die Stellungnahme der Mitglieder in den Versammlungen ist recht erfreulich, läßt sie doch deutlich erkennen, wie ernst und richtig sie die Situation einschätzen, mit der wir in nächster Zeit rechnen müssen. Es kommt nun noch darauf an, denjenigen, die zu Hause geblieben sind und die sich aus der Verbandszeitung vielleicht nicht unterrichtet haben, noch deutlich das Wort zu reden. Keiner darf in dem jetzt beginnenden Kampf zurückbleiben, jeder wird gebraucht, Teilnahmslosigkeit darf es überhaupt nicht geben.

Wenn wir die Gewerkschaftszeitungen durchgehen und auch den gewerkschaftlichen Teil der Arbeiterblätter aufmerksam durchlesen, wird uns auffallen — wenn das überhaupt noch auffällig erscheint —, daß in freier Vereinbarung Unternehmer- und Arbeitervertreter fast nie zu einem Abschluß mehr kommen. Immer ist staatliche Hilfe der Schlichter notwendig, manchmal schon, um die Parteien überhaupt zusammen an den Verhandlungstisch zu bringen. Die von den Schlichtern getroffenen Entscheidungen werden meist mit den Stimmen der Unternehmer angenommen, ihr Inhalt ist dann auch dementsprechend. Aus ihm ist zu entnehmen, daß das Gehalt der Unternehmer, ihre Betriebe bei den bestehenden Löhnen nicht mehr leistungsfähig erhalten zu können, Eindruck auf die amtlichen Stellen gemacht hat. Die Schlichter folgen der Argumentation der Unternehmer, daß die Löhne gesenkt, mindestens aber nicht erhöht werden dürfen. Für die Arbeiter hat man nur Worte, von denen bekanntlich niemand seit wird. Wie oft haben die Unternehmer im Buchdruckgewerbe darauf aufmerksam gemacht, daß die Betriebe in kurzer Zeit zum Erliegen kommen werden und immer ist es ihnen besser gegangen. In der Zeit der Papiergedrucktwillen wollten sie fast verzagen und sofort zugrunde gehen, wenn sie den Forderungen der Arbeiterschaft nachgeben sollten, sie sind nicht bankrott geworden, haben meißterhaft jede Situation ausgenützt, man denke nur an die lächerlich niedrige Festsetzung der Tariflöhne Ende 1923 und Anfang 1924 nach der Einführung der Festmark. Mit dem Hilfspersonal wollten sie überhaupt keinen Tarif mehr abschließen, auch aus den bekannten Gründen, stimmten aber für die Entscheidung des Unparteiischen, als er eine Reduzierung der Löhne vorschlug.

Es kommt jetzt bei allen Auseinandersetzungen mit den Unternehmern auf die Einstellung der amtlichen Schlichter an, und wie diese zuletzt beeinflusst sind, haben wir kurz angedeutet. Klar ersichtlich ist diese Einstellung aus einem Schiedspruch, der kürzlich für das Hilfspersonal im Berliner Steindruckgewerbe gefällt worden ist. Die Unternehmer hatten hier auch wie anderwärts einen 10prozentigen Lohnabbau beantragt, unsere Mitglieder wollten genau das Gegenteil. Alle Verhandlungen zerfielen sich. Bei den bestehenden Gegenständen hatte ein Schlichter schon die Fällung eines Schiedspruches abgelehnt, stufte wurden aber unsere Vertreter bei seiner Begründung. Er machte sich zuerst ein-

mal die Argumente der Unternehmer zu eigen, die behauptet hatten, daß die Arbeitslöhne einen sehr erheblichen Teil der Produktionskosten ausmachen, die also die Preisbildung des Produkts entscheidend beeinflussen und den Absatz zumal nach dem Auslande schwer gefährden, ja sogar unmöglich machen können. Davon ausgehend sagte der Schlichter, Lohnherabsetzung sei eine große Härte für den Arbeiter, sie müsse aber gegebenenfalls getragen werden, weil davon die Weiterbeschäftigung überhaupt abhängt. Nach der Beweisführung der Unternehmer ist das richtig. Bildet der Lohn einen wesentlichen Teil der Produktionskosten, so kann durch seine tabulante Senkung das Produkt verbilligt und der Absatz gefördert werden. Dadurch ist dann auch Weiterbeschäftigung vorhanden. Man braucht nur die Behauptungen der Unternehmer anzuerkennen, dann darf man mit der Zeit umsonst im Betriebe arbeiten. Dieser Schlichter fällt also keine Entscheidung, er ersuchte die Parteien, sich zu verständigen. Daraus wurde nichts. Jetzt kam ein anderer Schlichter, der den gordischen Knoten durchhieb. Der Vertrag wurde bis 31. Mai verlängert, dann heißt es aber:

„Sofort die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (im Dezember 1925 = 141,2) während der Vertragsdauer auf mindestens 133 sinkt, ermäßigen sich die Tariflöhne des bisherigen Abkommens um 5 Proz., wenn sie auf mindestens 135 sinkt, um 8 Proz. Wenn die Reichsindexziffer über 148 steigt, erhöhen sich die augenblicklichen Tariflöhne um den gleichen Prozentsatz, um den diese Zahl überschritten wird. Die neuen Tariflöhne treten gegebenenfalls mit der auf die Veröffentlichung der Indexziffer folgenden Woche in Kraft. Dieses Abkommen ist mit 1-tägiger Frist erstmalig zum 31. Mai dieses Jahres kündbar. Falls es nicht geändert wird, verlängert es sich jeweils um einen Monat.“

Der Schlichter hatte sich also von den Unternehmern überzeugen lassen, als er seinen weisen Urteilspruch fällte. Sehen wir uns die Entscheidung genauer an, so merken wir sofort, wo sie hinaus will. Fällt die Indexziffer um 3,2 Punkte, so wird der Tariflohn um 5 Proz. ermäßigt, sinkt die Indexziffer um weitere 3 Punkte, so wird der Tariflohn um weitere 3 Proz. verringert. Dabei sinkt 3 Punkte der Indexziffer beibeibe keine 3 Proz., und 3,2 Punkte erst recht keine 5 Proz. Auf eine genaue prozentuale Berechnung beider Größen ist der Schlichter erst gekommen, wenn die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten steigen sollte. Der Tariflohn würde sich aber erst dann erhöhen, wenn die Indexziffer um mehr als 6,8 Punkte, nämlich über 148 steigen sollte. Dann gibt es aber etwa keine 5 Proz. mehr Tariflohn, der erhöht sich um den gleichen Prozentsatz, um den die Indexzahl 148 überschreitet. Und zwar erhöht sich immer der augenblickliche Tariflohn. Ist die Indexziffer also auf 135 gesunken und der Tariflohn um 8 Proz. gefallen, so bleibt es bei diesem Lohn, auch wenn die Indexziffer wieder steigt, und auf diesen um 8 Proz. ermäßigten Lohn kommt erst ein Zuschlag, sofern die Indexziffer über 148 klettert. Also eine einmalige Lohnkürzung kann nicht wieder gut gemacht werden, eine spätere Senkung des Reallohnes wird immer bestehen bleiben.

Es urteilen jetzt die Schlichter. Aus dieser Rechtsprechung haben wir zu lernen. Nämlich, daß wir uns nie auf andere verlassen dürfen. Wir müssen selbst stark genug sein, unsere Forderungen zu erzwingen und unbedingte Anträge der Unternehmer abzuwehren. Auch vor einer unparteiischen Instanz spielt das Kräfteverhältnis der beiden Parteien eine ausschlaggebende Rolle. Gut organisiert sind wir, den festen Willen zur Abwehr haben alle Mitgliedslöschen bewiesen. Stehen alle Kollegen und Kolleginnen also taftbereit hinter unseren Vertretern, wird uns unser Recht werden und wir können aus eigener Kraft unsere Arbeits- und Lohnverhältnisse so gestalten, wie es im Hinblick auf die Wirtschaftslage notwendig ist.

Entschädigungslose Enteignung der Fürsten.

Zum ersten Male wird das deutsche Volk direkt über einen Vorschlagsentwurf entscheiden, der die entschädigungslose Enteignung der ehemaligen deutschen Fürsten bezweckt. Das anmaßende und dreifache Gebahren der abgedankten und ausgerückten deutschen Landesväter und ihres Anhangs haben den Unmut und Zorn der deutschen Bevölkerung herausgefordert durch ihre unerschatzten Forderungen, wobei sie von deutschen Gerichten über Gebühr noch unterstützt wur-

den. Unbekümmert um die große Not weiter Volksschichten, vor allem der arbeitenden Bevölkerung, die um ihre nackte Existenz kämpft und unsägliche Opfer für die deutsche Wirtschaft gebracht hat, verlangen die „Edelsten der Nation“, gestützt auf ihre landesherrlichen Rechte, ungezählte Millionen, Kunstschätze, Schlösser und wertvolle Wälder und Ländereien. Außerdem sollen die deutschen Steuerzahler aber noch für die Bettfreuden verschiedener dieser Herren aufkommen und ihre von den Liebesstrapunzen ausruhenden Mätressen mit einigen zehntausend Mark jährlich unterstützen. So ein Königsleichen weiß, was seine Arbeit wert war und verlangt stolz den Lohn für seine Mühe.

Die Parteien der Arbeiter haben beschlossen, diesem Unfug mit der Fürstenabfindung ein Ende zu machen. Die Sozialdemokratische und Kommunistische Partei haben gemeinsam einen Antrag auf entschädigungslose Enteignung der Fürsten gestellt. Der Vorstand des ADGB hat zwischen beiden Parteien auf Aufforderung vermittelt, so daß am 25. Januar der Vorschlagsentwurf beim Reichsministerium des Innern eingereicht werden konnte. Er hat folgende Fassung:

Gefeh zur Enteignung der Fürstenerbvermögen.

Auf Grund Art. 153 der Reichsverfassung wird be-

stimmt:

Art. 1. Das gesamte Vermögen der Fürsten, die bis zur Staatsumwälzung im Jahre 1918 in einem der deutschen Länder regiert haben, sowie das ganze Vermögen der Fürstlichen Häuser, ihrer Familien und Familienangehörigen werden zum Wohle der Allgemeinheit ohne Entschädigung enteignet.

Das enteignete Vermögen wird Eigentum des Landes, in dem das betreffende Fürstentum bis zu seiner Abkehr oder Abdankung regiert hat.

Art. 2. Das enteignete Vermögen wird verwertet zugunsten:

- a) der Erwerbslosen,
- b) der Kriegesbeschädigten und Kriegserbinterbliebenen,
- c) der Sozial- und Kleinrentner,
- d) der bedürftigen Opfer der Inflation,
- e) der Landarbeiter, Kleinpächter und Kleinbauern durch Schaffung von Siedlungsland auf dem enteigneten Landbesitz.

Die Schlösser, Wohnhäuser und sonstigen Gebäude werden für allgemeine Wohnzwecke, Kultur- und Erziehungszwecke, insbesondere zur Errichtung von Genossenschafts- und Versorgungshäusern für Kriegesbeschädigte, Kriegserbinterbliebene, Sozial- und Kleinrentner, sowie von Kinderheimen und Erziehungsanstalten verwendet.

Art. 3. Alle Verfügungen einschließlich der hypothekarischen Belastungen und Eintragungen, die mit Bezug auf die nach diesem Gefeh enteigneten Vermögen oder ihre Bestandteile nach dem 1. November 1918 durch Urteil, Vergleich, Vertrag oder auf sonstige Weise getroffen wurden, sind nichtig.

Art. 4. Die Ausführungsbestimmungen zu diesem Gefeh werden durch ein Reichsgesetz festgelegt, das innerhalb dreier Monate nach amtlicher Feststellung des Abstimmungsresultates zu erlassen ist. Dieses Reichsgesetz hat insbesondere die näheren Bestimmungen zur Ausführung des Artikels 2 dieses Gefehes über die Verwendung der enteigneten Fürstenerbvermögen durch die Länder zu treffen.

Die empörende Annahme der deutschen Fürstenerbvermögen wird also im deutschen Volke einen Kampf von gigantischem Ausmaße entfesseln. Das Volk wird darüber entscheiden, ob es diese Nichtstuer weiter ernähren und für sie arbeiten will, oder ob die ehemals gekrönten Häupter selbst für ihren Unterhalt zu sorgen haben, was ihnen nur nützlich sein könnte. Das deutsche Volk wird einen Fehler der Revolution gut-machen müssen. Die ungeheuren Vermögen, die die deutschen Fürsten für sich beanpruchten, sollen für wirklich notleidende Volksgenossen bereitgestellt werden. Wer von unseren Kollegen und Kolleginnen wollte nicht helfen, diese schöne Absicht zu verwirklichen! Es gibt einige wohlbedingte gestimmte Seelen, die so etwas wie Mitleid mit den armen Fürsten verspüren, weil die ehemaligen Herrscher von Gottes Gnaden nun gar nichts mehr haben sollen. Ihnen schreibt der „Vorwärts“ einige Sätze ins Stammbuch: „Barmherzigen Gemütern sei gesagt: So schlecht wie dem Gorn Freilicht, so schlecht wie der ungeheuren Masse des Volkes wird es den enteigneten Fürsten gewiß

niemals gehen. Wir hätten vielmehr den Wunsch, es möchte allen im Lande so gut gehen, wie es den Fürsten nach ihrer Entseignung gehen wird.

Ganz abgesehen davon, daß nach der Vernichtung ihrer widerständig gewordenen „Rechtsansprüche“ nichts und niemand sie daran hindern kann, durch eigene Tätigkeit Einkommen und Vermögen zu erwerben, werden ihnen doch gewiß die weitgeschätzten Portemonnaies ihrer Anhänger zur Verfügung stehen. „Gut und Blut für den König“ — wie oft haben wir diesen Ausruf gehört! Auf das Blut haben die Könige erfruchtweise verzichtet, desto mehr sind sie auf das Gut erpicht. Fast alle reichen Leute in Deutschland sind reaktionär und monarchistisch gesinnt. Halten sie es für nötig, den Glanz ihrer angestammten Herrscherhäuser aufrechtzuerhalten, so mögen sie aus freiem Willen das ihre dazu beitragen!

Darum keinen Appell an die Tränenbrühen! Wären alle Deutschen so vor dem Verbürgern geschickt, wie es die ehemaligen Fürsten auch nach ihrer Entseignung sein werden, dann wäre Deutschland das glücklichste Land der Welt!

In einigen unserer Zahlstellungsverfammlungen, auch von Delegierten einzelner Betriebe sind Entschlüsse angenommen worden, die sich mit dem Antrag der Arbeiterparteien auf Entseignung der Fürstenthümer decken. Die Gewerkschaftsmitglieder haben an dem Ausgang der Volksabstimmung das größte Interesse und werden sich bei dem bevorstehenden Kampf sehr regen beteiligen müssen. Wir werden daher noch öfter das Wort zu diesem Thema nehmen, möchten aber heute schon auch von dieser Stelle manche unserer Leser, die vielleicht kein Arbeiterblatt lesen, darauf hinweisen, daß in den nächsten Wochen und Monaten ein Kampf ausgetrieben wird, dessen Ausgang der Tragweite für die soziale Wohlfahrt des deutschen Volkes sein wird. Es soll entschieden werden, ob die Fürsten und für die Armeen und Notleidenden unter unserer Volksgenossen, also letzten Endes auch für Dich, Kollege oder Kollegin!

Wir verdienen zuviel durch den Reichstaxi.

Das ist die Ansicht der Unternehmer, denen der Tarif untragbar ist. Man muß sich wundern, daß es heute noch Gegner des Reichstaxi gibt. Sieht man sich diese näher an, so sind es vereinzelte kleine Provinztrauer aller Parteischattierungen. Diese können und dürfen nicht ausschlaggebend sein, wenn es sich um die Wirtschaftsfrieden der Allgemeinheit handelt. Treffend hat die Konferenz der Gewerkschaften die Sachlage geschildert. In keinem Ort macht die Durchführung des Reichstaxi irgendwelche nennenswerten Schwierigkeiten. Ich möchte hier die Ausführungen eines Grünberger Prinzipals wiedergeben, der zu einem Hilfsarbeiter sagte: „Ich möchte auch gerne etwas mehr geben, aber ich darf nicht, sonst muß ich Strafe bezahlen; belohnt wird bei eurer Organisation oder beim Vorstand, die so niedrige Löhne abschließen.“

So ist es überall. Nun, da sie Farbe bekennen sollen, taumeln sie, als wenn sie schwer krank wären. Wir behaupten, daß die Prinzipale eine 20prozentige Lohnaufbesserung leicht ertragen können und dabei immer noch ein Geschäft machen. Die Unternehmer haben außerordentlich gute Verdienste gehabt und verdienen noch. Hier in Görtlich haben vier Buchdruckereien, die 20 bis 250 Leute beschäftigen, große Neubauten errichtet, große Maschinen, alle der Neuesten entsprechend, angeschafft und viele Käufe vorgenommen, um bloß das Geld unterzubringen. Wir sind neugierig und möchten wissen, wie diese hohen Uebergewinne versteuert werden. In unseren Kreisen ist die Ansicht verbreitet, daß dabei die Unternehmer auch noch „sparen“. Die amtlichen Schlichter und vor allem das Reichsarbeitsministerium sehen nicht die große Not und das Elend der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen oder wollen unsere traurige Lage nicht begreifen. Sie betrachten uns wohl als Menschen zweiter Klasse. Die Unternehmer im Buchdruckergewerbe fühlen sich scheinbar sehr stark und wollen uns über den haufen rennen. Das wird ihnen nicht gelingen, wenn die Kollegen und Kolleginnen geschlossen unseren Führern folgen. Kampfbereitschaft ist angefangen, wir sind zum Ausmarsch bereit. Schutz-Görtlich.

Das schaffende Volk.

Das schaffende Volk ist das lebendige Volk, das Werte schafft. Nicht jedes Tun ist Schaffen. Wer da Berge von Sand mühsam von der einen Stelle zur anderen schleppt und von der anderen zur einen zurück, der ist tätig und fleißig, aber kein Schaffender. Schaffen verlangt einen Sinn. Es strebt zu einem Ziele, aber einem Ziele, das im Schaffen selber begründet ist.

Wieviel mag mancher einzelne auch schaffen für sich. Doch schaffendes Volk ist Volk, das Werte schafft für die Gesamtheit. Die Gesamtheit ist das Ziel, das in der Arbeit des schaffenden Volkes begründet liegt. Und wenn der Kapitalismus den Weg zu diesem Ziele auch verzieht, wenn er den Weg auch im Bogen, über den Profit hinweg, zum Ziele der Gesamtheit leitet: Volk schafft für die Gesamtheit. Volk kann den Weg seiner Produkte zwar im Heute noch nicht hindern, aber des schaffenden Volkes Seele drängt zum garten Wege, der der sozialen Höhe der Gemeinamkeit. Die schaffende Seele gilt dem Volke nur.

Ob der einzelne in der Werttätigkeit schafft oder am Zielentfichte, ob er im Bureau sitzt oder ob er Schiffe über das Meer führt, wer da schafft im des Schaffens willen, aus einem großen sozialen Gefühle heraus, der ist vom schaffenden Volk.

Das Schaffen des Volkes trägt deshalb einen großen genialen Gedanken in sich. Schaffendes Volk ist schöpferisches Volk. So wie zum Schöpferium das seelische Aufgehen in dem Werte gehört, so gehört auch zum Wesen des schaffenden Volkes das freie Sichenthalten an einen Gedanken, an den sozialen Gedanken der Gemeinamkeit. Damit liegt im schaffenden Volke eine große Pflicht zur Weltumgestaltung begründet. Die schaffende Seele drängt zum

Starke Gewerkschaften — hohe Löhne.

In der Zeitschrift „Magazin der Wirtschaft“ erschien kürzlich (in der Nummer vom 12. Januar) eine außerordentlich lehrreiche Studie über Deflation und Lohnpolitik in Schweden von Dr. C. G. Ullmermann, einem bekannten Vertreter der nationalökonomischen Wissenschaft in Schweden. Seine Arbeit ist zunächst der Darstellung der Tatsache gewidmet, daß die Reallohn in Schweden seit dem Krieg sehr erheblich gestiegen sind, und zwar nicht nur in der Konjunkturzeit unmittelbar nach dem Krieg, sondern auch in den darauffolgenden Jahren der Depression. Die Erhöhung der Reallohn ist um so bemerkenswerter, als sie mit gleichzeitiger Arbeitslosigkeit verbunden einherging. Der Arbeiter verdient jetzt in achtstündiger Arbeit erheblich mehr als früher bei längerer Arbeitszeit. Durchschnittlich war der schwedische Reallohn 1923/24 mindestens 21—26 Pro. höher als im Jahre 1913. Ullmermann verteilte die Erhöhung der Reallohn nicht gleichmäßig unter die verschiedenen Kategorien der Arbeiter. In der Industrie stieg der Reallohn in Industriezweigen, welche für den inneren Markt arbeiten und ausländische Konkurrenz nicht befürchten müssen (Baugewerbe, Eisenbahnbetriebe, Licht- und Kraftwerke, Bäckereigewerbe), weitaus mehr als in den Industrien, welche mit dem Ausland konkurrieren müssen und erst recht mehr als in den Exportindustrien (Sägewerke, Holzstoffabriken, Eisen- und Stahlwerke). Wie war die Steigerung der Löhne möglich? Professor Ullmermann gibt darauf eine ganz eindeutige Antwort: „Diese Tatsache ist der großen Macht des schwedischen Gewerkschaftsbundes zuzuschreiben.“ Beträchtlich gehört die überwiegende Mehrheit der Industriearbeiter Schwedens den freien, sozialdemokratisch organisierten Gewerkschaften und Fachverbänden an. Diese Feststellung ist aber sehr bemerkenswert. Handelt es sich doch, wie wir zeigen, um Lohnsteigerungen für die Zeit des Konjunkturrückganges und für eine längere Periode. In den nationalökonomischen Lehrbüchern findet sich immer noch oft die falsche Behauptung, daß die Lohnhöhe von rein wirtschaftlichen Gegebenheiten abhängt und daß sie von außerwirtschaftlichen Faktoren, d. h. in diesem Fall von den Gewerkschaften auf die Dauer nicht beeinflusst werden kann. Das schwedische Beispiel ist ein schlagender Beweis für das Gegenteil. Ohne das Arbeitsangebot einzuschränken, was z. B. in den Vereinigten Staaten geschah, mo die Gewerkschaften den Einminderungsverboten zum Sieg verhelfen, waren die schwedischen Gewerkschaften dank ihrer guten Organisation in der Lage, den Reallohn dauernd und trotz schlechter Exportkonjunktur zu erhöhen. Der schwedische Arbeiter hat demnach einen größeren Teil des Sozialprodukts an sich gezogen als vor dem Krieg. Daß die in der Exportindustrie beschäftigten Arbeiter verhältnismäßig geringere Löhne erhalten, ist nicht nur für Schweden, sondern auch für sämtliche Industrieländer bezeichnend und aus der Forderung der weltwirtschaftlichen Beziehungen und der Entseignung von Industrieländern zu erklären. Bestimmt haben aber auch diese Exportindustrien Nutzen gehabt von der Belebung des inneren Marktes durch die höhere Kaufkraft und die vermehrte Verbrauchsfähigkeit der dort beschäftigten Arbeiter. Ohne die höheren Löhne der für den inländischen Verbrauch produzierenden Arbeiter hätten die Arbeiter in der Exportindustrie wahrscheinlich noch niedrigere Löhne beziehen müssen.

Dr. Ullmermann prüft aber weiter die auch für uns sehr wichtige Frage, wie die Wirtschaft mit den hohen Reallohn fertig wurde. Welche Veränderungen sind eingetreten? Zu einem kleinen Teil waren die hohen Reallohn die Folge der damals niedrigen Lebensmittelpreise. Insofern haben die im- und ausländischen Landwirte die Steigerung der Reallohn getragen. Wichtig ist aber die Feststellung, daß die Erhöhung der Reallohn während der Zeit des Konjunkturrückganges durch Verminderung der Unternehmerprofite ermöglicht wurde. Nach Professor Ullmermann hat die schwedische Industrie in den letzten fünf Jahren einen nur sehr kleinen Reingewinn abgemakert. Dies mag zwar, wie noch zu zeigen sein wird, nicht in solchem Ausmaß stimmen, ein Rückgang der Reingewinnung ist aber zweifellos vorhanden. Es wird gesagt, daß in den letzten fünf Jahren keine nennenswerte Ausdehnung der Industrie stattgefunden hat. Unbeseitigt von dieser angeblichen Folge der hohen Reallohn für das Land keineswegs schädlich. Wie auch Professor Ullmermann darlegt, fand in den Jahren 1913 bis 1920 eine außerordentlich starke Ausdehnung innerhalb der schwedischen Industrie statt. Fast alle Industriezweige erweiterten sich durch große Neuanlagen, die Anzahl der

Beschäftigten, die in der Industrie verwendet wurden, stieg in diesem Jahre um 50 Pro. Die gleiche Erscheinung, wie wir sie in anderen Industrieländern beobachten konnten, zeigt jetzt auch der niedrige Profite eine weitgehende Ausdehnung des Industrieparates unter blieben ist, so kann das angelegte der Hebertkapitalisierung der Industrie in Schweden und anderswo nur begrüßt werden. Es wird aber in dem von uns behandelten Aufsatz im weiteren gesagt, daß die Industrie bereits begonnen hat, sich den Verhältnissen anzupassen, so daß sie die durch die Hoffnungslosigkeit bedingten Profitaussfälle jetzt wieder zurückzugewinnen konnte. Sie vermochte dies durch Verbesserung der Organisation und der Technik. Damit ist eine weitere Behauptung, die wir so oft aufzustellen pflegen, bestätigt: Die hohen Löhne (ebenso wie die Verteilung der Arbeitszeit) zwingen die Industrieunternehmer, die Produktion zu rationalisieren, diese durch organisatorische und technische Maßnahmen zu verbessern. Durch das Unterbleiben von Neugründungen und durch die Rationalisierung wurden aber industrielle Arbeitskräfte überflüssig und konnten in der Industrie nicht untergebracht werden. In Schweden führte dies zu einem erheblichen Abstromen der Industriearbeiterschaft in die Landwirtschaft. Diese Folge ist ebenfalls eine solche, die man nur zu begrüßen hat. Beträchtlich ist die gegenwärtige Erscheinung, das Abstromen der ländlichen Bevölkerung in die Stadt, ein in fast allen Ländern auftretendes Uebel, das zu Arbeitermangel in der Landwirtschaft und umgekehrt zu ungesunder Aufblähung der Industrie zu führen pflegt. Wenn die Entwicklung in Schweden dank der dortigen Gewerkschaftspolitik eine andere Richtung genommen hat, so kann dies der schwedischen Wirtschaft nur zum Wohle dienen. Die Reallohn in der Landwirtschaft sind in Schweden, abgesehen von den Saisonarbeitern, deren Reallohn niedriger sind als vor dem Krieg, im allgemeinen gestiegen, vor allem in den größeren landwirtschaftlichen Betrieben, wenn auch das Ausmaß der Reallohnsteigerung geringer ist als in der Industrie.

Wir dürfen uns aber auch bei Betrachtung der Schwächen nicht verhehlen, nicht verschleiern. Dr. Ullmermann sieht diese vornehmlich darin, daß die Unternehmer durch die hohen Löhne gezwungen sind, ihre Produktion nach und nach arbeitssparend und automatisch zu gestalten. Es wird ein Übergang zu automatisierten Betrieb vorbereitet. So hat z. B. das größte Unternehmen innerhalb der schwedischen mechanischen Industrie, die Swenska Kugellagerfabrik, in seinem letzten Jahresbericht mitgeteilt, daß es infolge der hohen schwedischen Arbeitslöhne einen großen Teil seiner bisher noch völlig leistungsunfähigen Maschinen durch andere, arbeitssparende, ersetzt habe. Die ersten Maschinen werden in Ländern mit niedrigeren Arbeitslöhnen liegenden Fabriken des Unternehmens verwendet. Die nicht unbedeutende Arbeitslosigkeit in Schweden ist nach Ansicht Prof. Ullmermann zum großen Teil bereits auf diese neu eingestellten arbeitssparenden Maschinen zurückzuführen. Wir können ihm zwar entgegenhalten, daß wenn die Behauptung von fehlenden Kapitalgewinnen und mangelnder Kapitalneubildung bei den Unternehmern zutrifft, diese keine Mittel zur Anschaffung der kostspieligen arbeitssparenden Maschinen haben können. In der Tat bemerkt Dr. Ullmermann, daß bei den meisten Unternehmungen der Ersatz durch arbeitssparende Maschinen erst allmählich nach Abnutzung des vorhandenen Maschinenparks stattfinden kann und somit der ganze technische Umstellungsprozeß bei der gesamten Industrie beträchtliche Zeit erfordert. Immerhin ist die hier geschilderte Gefahr nicht von der Hand zu weisen. Dr. Ullmermann meint des weiteren, daß höhere Reallohn der Landarbeiter, falls es diesen durch Organisierung gelingen würde, ihre Löhne weiter zu heben, zur Einführung von arbeitssparenden Maschinen in der Landwirtschaft oder aber zur Aufgabe der intensiven Bewirtschaftung des Bodens und zum Uebergang zu extensiver Viehwirtschaft führen würde, wodurch eine große Arbeitslosigkeit im Lande entstehen könnte.

Diese Probleme, die keineswegs rein schwedische sind, sondern für die meisten Länder ebenfalls zu besetzen sind, in der Wirtschaft vorhanden. Wir können sie jedoch nur im Sinne einer Kritik an der bestehenden Wirtschaftsordnung vermehren. Welche Konsequenzen sollen wir aus dieser Entwicklung ziehen? Sollten die Arbeiter aus Angst, daß sonst arbeitssparende Maschinen an ihrer Stelle eingeführt werden, darauf verzichten, ihre Lebenshaltung zu verbessern, und darauf hoffen, daß sie

ungetrübter Dienst an der Gemeinschaft sein. Ohne den Umweg über den Profit soll das ganze Schaffen direkt dem Ganzen gelten. Das ist aber nur möglich, wenn die Gemeinschaft die Trägerin der Wirtschaft ist.

So bindet sich im schaffenden Volke der Kampf um den Tag mit dem Morgen um den neuen Morgen, und nur wie die Einheit von Recht und Aufgabe vorhanden, nur da ist das echte großartige Wesen des schaffenden Volkes.

Wo dieses schöpferische Wesen fehlt, da ist nur Vegetieren. Da ist Stillstand. Da ist Dämmern. Schaffendes Volk ist ein hoher ethisch-sozialer Begriff. Und wenn Menschen taufendmal „schaffen“, es ist nicht das, was wir statt schaffendes Volk nennen, wenn diese ethisch-soziale Seele fehlt.

Du und wir alle! Und vorwärts, daß Arbeit Menschentum und Freiheit wird! Das ist die schmelzende Seele des wahren schaffenden Volkes. Und nur wer sich mit ihm verbunden und zu ihm gehörig fühlt, ist ganzer, größer, freier, schöpferischer Mensch.

Wirtschaft und Sprache.

Die Sprache ist aus dem Zusammenleben der Menschen heraus gewachsen. Sie ist ein soziales Produkt. Daraus ergibt sich schon, daß die wirtschaftliche Art des Zusammenlebens der Menschen auch die Entwicklung der Sprache beeinflussen muß. In seinem neuen Buch „Kultur und Sprache im neuen England“ zeigt uns Werner Steglitz u. a. im wesentlichen der Wirtschaftscharakter in einem Volk die Sprache beeinflusst. Er läßt uns die wirtschaftliche Weltanschauung der Sprache an der gegenwärtigen Entwicklung des ursprünglich gleichen Englisch in England und Amerika erkennen.

Schon jetzt hat das amerikanische Wirtschaftswesen,

der Maschine vorgezogen werden, falls sie nur billiger als diese arbeiten wollen? Woher glauben wir, daß die Unternehmer bei fortschreitender Technik auf die Einstellung von arbeitenden Maschinen verzichten, noch aber, daß die sozialen Kräfte, welche durch die Arbeiterbewegung entstehen, sich dieser Technik in der Maschine unterwerfen würden. Nichts kann eine Wirtschaftsordnung mehr richten, als daß sie, statt die Maschine zum Sklaven der Menschen zu machen, von den Menschen fordert, daß sie Sklaven der Maschine werden. Dieser Lösung können und werden sich die arbeitenden Massen nicht beugen. Sie werden sich darauf besinnen müssen, daß die Fortschritt der Technik nicht dafür da sind, um ihr Geld zu vergrößern, sondern um den Wohlstand der Gesamtheit zu erhöhen. Dies ist aber durchaus möglich, sobald nicht mehr der private Unternehmer über die Leitung der Produktion nach seiner Willkür verfügen kann, sondern sie unter die Kontrolle der Gesellschaft gestellt wird. 2. 5.

Zustand des gleichen Abauftermins der beiden Tarife (Buchdrucker wie Hilfsarbeiter) durch die Verlängerung des Gehaltsartikels bis zum 28. Mai aufgegeben ist. Er drückt sein Entsetzen über die Begründung der Unternehmer zur Tarifbindung aus Ihre Behauptung, daß der Hilfsarbeiterlohn für sie „nicht mehr tragbar“ ist, ist sehr fadenheilig. Sie folgen damit doch nur der Parole der deutschen Arbeitgeberverbände, deren Absicht dahin geht, Löhne wie auch soziale Bestimmungen (Ferien usw.) der un- oder angelernten Arbeiter zu verschlechtern. Um ein so leichteres Spiel geben sie dann mit den gelernten Arbeitern zu haben. Daß auch wir mit den jetzigen Bestimmungen des Tarifes nicht einverstanden sind, beweist ja die Resolution des Hamburger Verbandes, die dem Hauptvorstand die Verpflichtung auferlegte, den Tarif zu kündigen. Dieser Verpflichtung ist der Hauptvorstand nachgekommen. Der Tarif ist also von beiden Seiten gekündigt worden. Auch hat eine Beileitungsinstanz vor der Situation Stellung genommen und sich mit den tariflichen Maßnahmen beschäftigt. Wenn auch eine allgemeine Wirtschaftskrise, deren Ursache wir heute nicht nachgehen wollen, zu verzeichnen ist, so können wir aber konstatieren, daß unser Gewerbe davon nicht so sehr betroffen wird. Von den Unternehmern wird die allgemeine Wirtschaftskrise ausgenutzt und vielfach tage- und stundenweises Ausbleiben der Arbeiterkraft verlangt. Man glaubt dadurch, die Hilfsarbeiterkraft gezwungen machen zu können, hier müssen die Mitglieder ein wichtiges Auge haben. Vor allen solchen Dingen muß der Organisationsausschuß sofort Kenntnis gegeben werden, damit dementsprechend eingeschritten werden kann. Wenn die Buchdruckerzünfte glauben, durch die Verlängerung des Buchdruckerartikels die Hilfsarbeiter isoliert zu haben, um sie dadurch zu schwächen, so täuschen sie sich. Im Gegenteil, nun erst recht werden wir den Tarifkampf zu unseren Gunsten entscheiden. Auch lehnen wir ab, Bezirks- oder Ortsartikels zu schaffen. Der Besuch der heutigen Versammlung und die Aktivität der Mitglieder, die aber nicht erlahmen darf, sind das beste Zeichen dafür, daß wir mit aller Konsequenz das Ziel der Verbesserung des Reichsartikels für das Buch- und Zeitungsdruckerzunftspersonal erstreben.

Die Unternehmer als finanzielle Helfer der Fememörder.

Der dunkle Geschichtspolitik und Arbeitgeberverbände ist ein neues Ruhmesblatt angeheftet worden: Unterstützung der Fememörder. Man sollte es kaum glauben und doch ist es so. Das Berliner Volkspräsidium hat hierfür durch genaue Untersuchungen schwer belastetes Material ans Licht der Öffentlichkeit gezogen. Die Geschichte ist kurz folgende: Am 1. März 1925 trat der deutsche National-Abgeordnete Maier, Angehöriger des „christlichen“ Verbandes, an die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände heran, um ein Darlehen für den Fememörder und Führer der Schwarz Reichswehr, Schulz, zu erhalten. D. h. die Summe von 5000 Mk. sollte zur Unterstützung dieses Individuums verwendet werden. Das Gesuch wurde zunächst abgelehnt. Hierbei muß erwähnt werden, daß Schulz und der berüchtigte Knapppoth ebenfalls als Angestellte des Zentralverbandes der Landarbeiter fungierten. Anfang Juni 1925 trat der Zentralverband erneut mit einem Darlehns-gesuch an die Vereinigung der Arbeitgeberverbände, an deren Spitze bekanntlich der Industrielle v. Borzsig steht, heran. In diesen Verhandlungen war u. a. der Leiter der Propagandaabteilung der Vereinigung v. Zwengen, ferner der bekannte Dr. Meißinger und auf der anderen Seite die Abgeordneten Behrens und Maier beteiligt. Darauf wurde dem Landarbeiterverband das Geld (5000 Mk.) gegeben. Es kann nicht zweifelhaft sein, daß der Zweck der Verwendung des Geldes noch derselbe war, als einige Wochen vorher. Dieses Darlehen ist dann in den Büchern der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände auf 1 Mk. ausgedehnt worden und erst nach den Presseangriffen vom 1. Dezember 1925 zurückgezogen worden. Wie das Volkspräsidium feststellen konnte, ist das Geld tatsächlich zur Unterstützung des Schulz verwendet worden. Damit ist einwandfrei erwiesen, daß die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände die Fememorde finanziell unterstützt hat. Herr v. Borzsig erklärt, von der Herkunft des Geldes nichts gewußt zu haben. Wenn dies der Fall sein sollte, dann wäre es Zeit, daß die Unternehmerorganisation gründlich von solchen Leuten wie v. Zwengen gesäubert werden müßte. Gewiß! Dieser Reinigungsprozess nicht, dann bleibt der Vorwurf an der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände und damit an Herrn von Borzsig hängen, daß sie bewußt die dunkle und gefährliche Organisation der Fememörder unterstützt hat. Man könnte dann weiter gespannt sein, wie die demokratischen und Zentrumsmitglieder der Vereinigung sich zu solchen Methoden politischer Betätigung verhalten. Für-wahr, ein neues dunkles Kapitel in einer langen Reihe politischer Korruptionen!

Aus den Zabitellen.

Berlin. Zur allgemeinen tariflichen Lage im Gewerbe nahmen in einer überfüllten Versammlung am 24. Januar, die durch Gesangsbeiträge des „Männerchor Solidartät“ eröffnet wurde, die graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Berlins Stellung. Der Vorsitzende v. Lotz referierte über die im Dezember 1925 stattgefundenen Lohnverhandlungen und die Kündigung des Reichsdruckerartikels. Er untersuchte in seinem Vortrage die Vorgänge, die bei den Lohnverhandlungen vor dem Zentral-Schlichtungsausschuß Ablehnung der Lohnforderung der Gehilfen und Hilfsarbeiter geführt haben. Zur Kündigung des Reichsdruckerartikels übergehend, teilte er mit, daß der bisherige

die sehr lebhaft diskutierten unterstellt die Ausführungen des Referenten. Kein Redner wandte sich gegen den Reichsartikel, alle — auch die „ganz links“ — traten nur für einen Reichsartikel und dessen Verbesserung ein. Irrtümer der einzelnen Redner wurden durch den Referenten richtiggestellt. Die nachstehende Entschließung und ein Antrag, der bestimmte Aufgaben vorsieht, fanden einstimmige Annahme.

Die Mitgliederversammlung nimmt Kenntnis von der Kündigung des Reichsdruckerartikels. Die Mitglieder des Reichsartikels sind für die Weiterführung des Reichsartikels aus und erachtet, daß hinsichtlich verschiedener wichtiger Tarifbestimmungen die vom Hamburger Verbandstag für notwendig erachteten Verbesserungen einstreifen. Sie stellt sich geschlossen hinter ihre Organisationsleitung und wird jeden Angriff auf ihre bisherigen tariflichen Rechte mit allen gewerkschaftlichen Mitteln zurückweisen.

Ueber die Lohnabbaubestrebungen des Schupverbandes Deutscher Steindruckerbeitler sprach der Vorsitzende v. Borzsig an. Er führte aus, daß es seit langer Zeit im Steindruckgewerbe nicht möglich ist, über die Entlohnung des Hilfspersonals mit den Unternehmern eine Verständigung zu erzielen; immer muß erst der Schlichter oder Schlichtungsausschuß eingreifen und durch Spruch die Löhne festlegen. Daß auch die Steindruckerunternehmer die jetzige Tarifartikelslage beunruhigen würden, um die Kündigung des bis zum 1. Januar laufenden Lohnabkommens vorzunehmen, was vorauszusetzen. Ihrem Antrag auf 10 Proz. Lohnabbau kann man nur ein Nicken abgewinnen. Eine Funktionsär-verversammlung, die im Dezember 1925 zur Lage Stellung nahm, beauftragte die Organisationsleitung, die Kündigung des Abkommens vorzunehmen und gleichzeitig eine 10prozentige Lohnforderung zu stellen. Dadurch standen sich Lohnabbau und -aufbau gegenüber. Die stattgefundenen Verhandlungen sind traktionsgenädigt ohne Erfolg verlaufen. Der ange-rufene Schlichtungsausschuß konnte sich nach mehrstündigen Verhandlungen nicht zu einem Spruche durchbringen. Er gab folgenden Beschluß den Parteien bekannt:

„Die Beweisaufnahme hat ergeben, daß die wirtschaftliche Lage der Betriebe außerordentlich schwierig ist. Insbesondere ist die Aufrechterhaltung der Fabrikation bei den überwiegen auf den Export angewiesenen Unternehmen fast in Frage gestellt. Da der Arbeitslohn in dieser Industrie einen erheblichen Teil der Fabrikationskosten ausmacht, ist zuzugeben, daß die von dem Antragsteller geforderte Herabsetzung der Tariflöhne um 10 Proz. eine gewisse Entlastung herbeiführen würde. Andererseits kann aber nicht vernünftigerweise verlangt werden, daß die Herabsetzung der Löhne unter den augenblicklichen Verhältnissen eine große Härte für die Arbeitnehmer wäre, die allerdings ertragen werden müßte, falls die Weiterbeschäftigung davon abhängt.“ Er empfahl den Parteien eine nochmalige freie Verhandlung. Diefelbe fand auch statt, aber — wie gewöhnlich — ohne Erfolg. Die Argumente der Unternehmer sind die gleichen geblieben. Wieder mußte der Schlichtungsausschuß in Aktion treten. Diesmal wurde aber ein Spruch gefällt, welcher vorsieht, daß bei einem Abgang von 188 die Löhne um 5 Proz., bei einem Abgang von 135 die Löhne um 8 Proz. des jetzt bestehenden Lohnes herabgesetzt werden können. Wenn der Abzug über 148 steigt, sollen die Löhne um den gleichen Prozentsatz erhöht werden, um den diese Zahl überschritten wird. Der Redner verzichtete diesen Schiedsspruch und illustrierte am Hand eines Beispiels die Auswirkung des Spruches. Auch hier lehnte die Versammlung den Schiedsspruch ab.

Nachdem noch verschiedene organisatorische Dinge zur Sprache kamen, wurde die Versammlung geschlossen.

Bildungsbeirat. In der Jahreshauptversammlung am 16. Januar referierte Kollege Herrmann Dresden über „Die Tarifkündigung seitens der Unternehmer“. In fast ein-stündiger Rede führte der Referent den zahlreichen versammelten Mitgliedern die Absichten der Unternehmer vor Augen, die sie mit dieser Kündigung bezweckten. Lohnabbau, Verlängerung der Arbeitszeit, Einführung sonstiger Verschlechterungen, besonders aber wollte man die Abschaltung des in den kleineren Betrieben beschäftigten Hilfs-personnals aus dem tariflichen Verhältnis. Diese Absicht sei auf die Tarifkündigung der Provinzdruckerbeitler zu-

zuführen. Deshalb fordere er die Anwesenden auf, in dem ihnen aufgewungenen Kampfe ihren Mann zu stellen, besonders aber zur gegebenen Zeit den Anweisungen ihrer Organisation unbedingt Folge zu leisten; gelte es doch, für die Aufrechterhaltung des Mitbestimmungsrechtes im Lohn- und Arbeitsverhältnis, namentlich des Provinzialpersonals, zu kämpfen. Die Diskussion bewegte sich im Sinne der Ausführungen des Vortragenden. Man brachte zum Ausdruck, daß das Bildungsverband Druckerzunftspersonal sich des Ernstes der Situation bewußt sei und einzig und geschlossen die bisherigen tariflichen Rechte zu verteidigen gedenke. Besonders die Ausführungen des Ortsvorsitzenden der Buchdrucker erweckten großen Beifall, der die Anwesenden zur Treue ihrer Organisation gegenüber aufforderte, namentlich angesichts der vom Referenten geschilderten Absichten der Unternehmer. Er stellte die moralische und tatkräftige Unterstützung der Bildungsverband organisierten Buchdrucker in Aussicht, falls es zu Komplikationen anlässlich des Tarifkampfes kommen sollte.

Hierauf gab Kollegin Philipp als Ortsassessorin der Kassenberichterstattung und Beitragskassen war im Laufe des Jahres eine Einnahme für die Hauptkassen von 2011,80 Mk. zu verbuchen. Die Ausgaben an Unterstützungen und Verwaltungskosten betragen 339,95 Mk., so daß ein Jahresüberschuß von 1671,85 Mk. der Hauptkasse überwiegen werden konnte. Das Ortsvermögen hat sich um rund 100 Mk. erhöht und beträgt am Jahresabschluss 241 Mk. Die Mittelgebühren sind im Laufe des Jahres stabil geblieben und betragen am Jahresende 12 männliche und 70 weibliche Mitglieder. Das Bildungsverband Hilfspersonal ist reiflos unserer Organisation angehörend. Der Geschäftsbericht ist vorläufig noch als normal anzusehen, nur in einer Firma wird kurzgearbeitet. Die hierauf vorgenommenen Wahlen ergaben die Wiederwahl des Koll. Steglich als Vorsitzenden und der Kollegin Philipp als Kassiererin. Die Ortsaus-schußdelegierten sowie die Kassenträger und Untertassenträger werden teils wieder, teils neu gewählt. Nach Schluß des offiziellen Teils hielt die zahlreich erschienenen Mitglieder sowie Buchdrucker ein gemütliches Tänschen noch recht lange in harmonischer Stimmung zusammen.

Braunschweig. Die diesjährige Hauptversammlung am 21. Januar wurde durch ein Referat des Kollegen Gauleiter Bith. Sparthul-hannover über die Kündigung des Reichs-artikels und die dadurch für unsere Kollegenchaft geschaffene Lage eingeleitet. Er ging näher auf die Beweggründe und die Ziele der Unternehmer ein, am Schluß seiner Ausführungen forderte er die Kollegenchaft auf, dafür zu sorgen, daß auch die letzten uns noch fernstehenden der Organisation zugeführt werden, damit wir in jeder Hinsicht für die bevorstehenden Kämpfe gerüstet sind. Hierauf erkrankte der Kassierer den Kassenbericht. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des bisherigen Vorstandes. Unter Punkt Verschiedenes stand folgende Resolution einstimmige Annahme: Die am 21. Januar 1926 in Braunschweig tagende General-versammlung der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiter Deutschlands Ortsgruppe Braunschweig nimmt mit Entrüstung Kenntnis von den unverhörten Forderungen der ehemaligen Fürsten. Sie fordert die restlose Enteignung der Fürsten durch Volksentscheid. Ferner ausreichende Unterstützung aller Erwerbslosen und notleidenden Volks-schichten, da die bisherige Fürsorge unzureichend ist. Dann wurden noch einige örtliche Verhältnisse betreffende Anträge angenommen. Der Vorsitzende forderte die Mitglieder auf, die Arbeiterpresse zu lesen und die gegnerische Presse aus den Wohnungen zu entfernen.

Darmstadt. Am Freitag, den 22. Januar, fand im Ge-werkschaftshaus eine gutbesuchte Mitglieder-versammlung statt, in der unser Gauleiter Kolbe über den gekündigten Reichsartikel referierte. Redner schilderte in längeren Ausführungen das Vorhaben der Unternehmer im graphischen Gewerbe, die erklärt haben, daß der Reichsartikel der Hilfsarbeiter nicht mehr länger tragbar und zum 28. Februar gekündigt sei. Was das bedeuten soll, wußte sich die Kollegenchaft einmal überlegen. Das Ziel der Unternehm-er ist nichts anderes, als den Reichsartikel zu beseitigen, um die früheren Verhältnisse herbeizuführen, unter denen sie die Hilfsarbeiterchaft nach eigenem Ermessen bezahlen und behandeln konnten. Die gegenwärtige Wirtschaftskrise in der übrigen Industrie machen sich unsere Herren Unternehmer zu eigen, obwohl im graphischen Gewerbe von einer solchen Konjunktur bis heute keine Rede sein kann. Nach der heutigen Einstellung unserer Unternehmer wird ein Kampf in den nächsten Wochen unvermeidlich sein. Die graphische Hilfsarbeiterchaft wird zeigen müssen, daß sie einzig und geschlossen hinter ihre Organisation steht, um allen Angriffen die kommen werden, gewachsen zu sein. Die Diskussion bewegte sich im Sinne der Ausführungen des Redners. Der Vorsitzende wies ganz besonders auf die Meinung der Herren hin, die glauben, daß unsere Löhne der übrigen In-dustrie gegenüber zu hoch seien; dem ist entgegenzuhalten, daß während der langen Jahre der Kriegs- und Nachkriegs-zeit sowie der Inflationszeit die graphische Arbeiterchaft in ihrer Gesamtheit die schlechtesten Löhne hatte. Es ist heute doppelt notwendig, den Herren genau auf die Finger zu legen und ihnen ihr freies Spiel zur rechten Zeit zu vereiteln. In einer einstimmig angenommenen Entschließung gab die Versammlung zum Ausdruck, daß sie nicht gewillt ist, sich den Verschlechterungsgelüsten der Unternehmer preis-gabenden, sondern mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dafür kämpfen wird, nicht nur den bestehenden Tarif zu erhalten, sondern noch Verbesserungen hineinzubringen. Nach dem Schlußwort des Kollegen Kolbe, der nochmals auf die Gefahren in den nächsten Wochen hinwies, forderte der Vorsitzende Kollege Menges die Kollegenchaft auf, die Worte des Redners zu beherzigen und denjenigen Kolleginnen und Kollegen, die nicht anwesend waren, kurzumachen, was für uns auf dem Spiele steht. Fort mit dem Gleichgültigkeit, nur so können wir zum Siege gelangen.

Stettin. Den Auftakt zur Kündigung des Reichsartikels für das Buchdruckerzunftspersonal hat im Gau Schießen die Zahlstelle Görtlich gegeben, wozu Gauleiter Kollege Reinhold geladen und erschienen war. In der Generaterversammlung am 22. Januar waren mindestens 85 Proz. der Mit-glieder anwesend. Der Vorsitzende gab die eingegangenen Schreiben sowie drei Resolutionsanträge den Mitgliedern be-kannt. Eine längere Debatte folgte ein Schreiben des Orts-ausschusses über Nichtaufnahme einer früheren Kollegin aus. Diese Angelegenheit hat schon mehrere Mitglieder-versammlungen beschäftigt. Am Schluß der Versammlung wurde dieser Fall noch einmal behandelt und dem Vorstande die

Zustimmung zur Regelung dieser Angelegenheit gegeben. Kollege Reinhold gab dann ein Bild von der Lage, in die wir durch die Kündigung des Tarifcs gekommen sind, und welche Absichten die Herren Prinzipale dabei verfolgen: am liebsten Lohnabbau von 10 bis 20 Proz. Unsere Aufgabe muß es nun sein, diesen Absichten mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln zu begegnen. Dies können wir nur dadurch erreichen, wenn wir fest zusammenstehen, und den Anweisungen und Maßnahmen unserer Zentralleitung Folge leisten. (1. Bericht in der „Soli“ von den Beschlüssen der Gauleiterkonferenz.)

Nachdem vom Kollegen Reinhold die allgemeine Wirtschaftslage behandelt wurde, muß doch gesagt werden, daß die Herren Buchdruckermeister sowie das Gewerbe überhaupt einen guten Geschäftsgang hatten. Sobald aber auch hier etwas Flaute eintritt, so ist man sofort bemüht, die Läden auf das Verjonal, insbesondere auf das Hilfspersonal, abzumähen. In der darauf einsehenden Debatte waren alle Redner mit dem Referenten einig, man könnte es nicht verstehen, daß man gerade dem Hilfspersonal das Mögliche zum Leben nicht geben will, zumal dieselben als die Arbeitsliere in den Betrieben bezeichnet werden. Das tam auch in der einstimmig gefassten Resolution zum Ausdruck.

„Die am 22. Januar 1926 im Restaurant „Reichsadler“ fast vollständig verammelten Mitglieder der Ortsgruppe Gürtlich im Verbonde der graphischen Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen Deutschlands erheben den schärfsten Protest gegen den beabsichtigten Lohnabbau der Herren Prinzipale im Buchdruckgewerbe und werden sich mit allen Mitteln diesem entgegenstellen, — verlangen vielmehr einen Lohnaufbau auf Grund der bisher erzielten Gewinne, sind doch gerade die Hilfsarbeiter diejenigen, welche bis auf das äußerste in den Betrieben ausgenutzt werden. Nur durch einen Tarifabschluss auf zentraler Grundlage kann die Ruhe im Gewerbe aufrechterhalten werden.“

Beim Kassen- und Jahresbericht gab der Kassierer eine ausführliche Uebersicht über unsere Kassenverhältnisse und Mitgliederbewegung im vorigen Jahr, woraus ersichtlich war, daß unsere Bewegung am Orte auf der Höhe und die Kasse gut läuft ist.

Eine längere Debatte löste die darauf folgende Vorstandswahl aus mit dem Ergebnis, daß der Vorstand in folgender Zusammensetzung gewählt wurde: 1. Vorsitzender Franz Krause, Heilige Grabstr. 71, 2. Vorsitzende Maria Hofemann, Kassierer Richard Schneider, Mittelstr. 23, Schriftführer Paul Sperling, Stellvertreter Amy Steudler, Beisitzer Bruno Gölnder, Minna Leopold, Revisoren Rudolf Schiffmann, Frieda Giewald.

Mit der Mahnung, den Vorstand in jeder Beziehung zu unterstützen, gaben die Gewählten die Zusicherung, jederzeit ihre Kräfte zum Wohle des Ganzen zur Verfügung zu stellen. Der Vorsitzende gab dann kurz die Erhöhung der Ortsausgaben bekannt, welchen die Verammlung zustimmte. Der vorgerrückten Zeit wegen mußten noch einige interne Angelegenheiten zurückerstellt werden.

Hannover. Die gutbesuchte Mitgliederversammlung am 20. Januar ehrte zuerst in üblicher Weise das Andenken eines verstorbenen Kollegen. Dann gab Kollege Wambacher einige interne Mitteilungen und forderte die Verammelten zu reger Beteiligung an der Demonstration gegen die Fürstenabfindung auf. Kollege Spartzul sprach über die Kündigung des Reichstarifs sowie über die auf der Gauleiterkonferenz darüber gepflogene Aussprache. Ausgehend von den Bestrebungen der Unternehmer, die Fessel der Tarifverträge abzustreifen und über die Lohn- und Arbeitsbedingungen allein zu bestimmen, schilderte der Redner, wie besonders der Reichshilfsarbeitertarif ihnen ein Stein des Anstoßes sei. Die Prinzipale irren aber gewaltig, wenn sie glauben, daß die Hilfsarbeiter sich ohne Gegenwehr mit verschlechterten Verhältnissen abfinden werde. Mit Recht verlangten die Mitglieder, daß im Gegenteil für verschiedene Bestimmungen des bisherigen Reichstarifs unbedingt eine Verbesserung eintreten müsse. Die Gauleiterkonferenz habe zu der Lage Stellung genommen, es werden zu der gegebenen Zeit den Mitgliedern die notwendigen Schritte mitgeteilt werden; auf alle Fälle müssen aber die Mitglieder gerüstet sein und durch festen, lüdenlosen Zusammenschluß die Kampfesfront bereitstellen. In der nun beginnenden Aussprache begründet Kollege Wambacher in längeren Ausführungen die folgende Entschliessung, die einstimmig zur Annahme gelangte:

Die am 20. Januar im Gewerkschaftshaus tagende, gut besuchte Verammlung der graphischen Hilfsarbeiter- und -arbeiterinnen von Hannover nimmt Stellung zu der Kündigung des Reichstarifs für das Buch- und Zeitungsdruckerhilfspersonal. Die zu der Kündigung angeführte Begründung der Prinzipale, daß der Reichshilfsarbeiter-tarif für sie nicht tragbar sei, weisen die Verammelten als unberechtigt zurück.

Die Verammlung fordert eine neue, zentrale Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, wobei folgende Änderungen im neuen Reichstarif unbedingt aufgenommen werden müssen:

1. Erhöhung der bisherigen Prozentätze vom Lohn der Buchdrucker.

2. Die gleichen Ferien wie die der Buchdrucker.

Die Verammelten haben zum Hauptvorstand das Vertrauen, daß dieser alle Mittel anwendet, die zur Schaffung eines neuen Reichstarifs mit verbesserten Bestimmungen erforderlich sind. Das graphische Hilfspersonal ist bereit, durch jähes Festhalten an der Organisation und strikte Befolgung der von der Verbandsleitung als notwendig erkannten Maßnahmen diese zu unterstützen und lehnt eine Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse mit aller Entschiedenheit ab.

Köln. In einer außerordentlichen Verammlung nahm am 19. Januar 1926 die Kölner Kollegenchaft Stellung zur Kündigung des Reichstarifs. Der Saal 11 des Volkshauses war bis auf den letzten Platz gefüllt. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen erstattete Kollege Heilmann Bericht von der letzten Gauleiterkonferenz, zugleich unsere Stellungnahme zur beiderseitigen Kündigung des Reichstarifs präzisierend. Beginnend mit dem Zitat: „Es kann der Beste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt“, wies er darauf hin, daß wir es seit einigen Jahren gewöhnt seien, immer um die Jahreswende herum im Kampf mit unseren Unternehmern zu liegen. Deshalb brauchen wir ihnen aber nicht böse sein, sie sorgten auf diese Weise mit für die notwendige Aufrechterhaltung, die bei einer oder andere Kollege hin und wieder mal gebrauchen kann. In Tarif-

und Lohnfragen lasse nun einmal die Kollegenchaft nicht gern mit sich spielen; eine Umdeutung genüge, selbst den letzten auf den Plan zu rufen, was den Unternehmern doch nicht unbenannt sein dürfte. Obwohl wir gegeben müßten, daß die nie gekannte Hochkonjunktur des letzten Jahres zurückgegangen sei, liege durchaus kein Anlaß zum Pessimismus vor. Am allerwenigsten gebe der Hilfsarbeiterlohn einen nennenswerten Ausschlag bei der Bemessung der Preise der graphischen Produkte. Kein vernünftiger Prinzipal, dem an Ruhe und Frieden in der Entwicklung des Gewerbes liege, könne hinter der Begründung der prinzipalsseitigen Tarifkündigung stehen, wonach unser Tarif — sieht etwa auch der Buchdrucker-tarif — untragbar geworden sei. Solche Ansichten sind von keinem verantwortlichen Buchdruckerunternehmer in Rheinland-Westfalen (zu ihrer Ehre sei ihnen das nachgesagt) gekannt worden. Es mußte daher eigenartig an, wenn der Deutsche Buchdruckerverein auf Stimmen hören müsse aus Orten mit kleinen Betrieben, wo vielleicht nicht einmal Hilfspersonal beschäftigt würde oder doch nur in kaum nennenswerter Anzahl. Die Taktik der Unternehmer zielt darauf, uns vom Gehilfen-tarif zu trennen und Verschlechterungen den wirtschaftlich schlechtleistenden im graphischen Berufe aufzubürden. Solchem Einflusse werden wir zu begegnen wissen. — Nach eingehender Darstellung der Stellungnahme des Verbandsvorstandes und der Gauleiterkonferenz und Befragung der Anträge zur Tarifreueuerung forderte der Referent die Kollegenchaft auf, in den nächsten Wochen nachsich zu sein. Kampfslos werden wir nichts aufgeben, sondern immer unser Bestreben darauf richten, Ertragreiches zu erhalten und weiter auszubauen. Die Kollegenchaft müsse zu jeder Zeit bereit sein, den etwa notwendig werdenden Kampf aufzunehmen. — Die Aussprache bewegte sich im Sinne der Ausführungen des Referenten. Mit der Aufforderung an die Kollegenchaft, etwa noch Unorganisierte unseren Reihen anzuschließen und zu gegebener Zeit einig und geschlossen hinter den Führern der Organisation zu stehen, schloß Kollege Kiel als Stellvertreter der Vorsitzenden die imposante Verammlung.

Leipzig. Am Dienstag, den 12. Januar 1926, nahmen die Leipziger Funktionäre den Bericht über die am 8. und 9. Januar stattgefundene Gauleiterkonferenz entgegen unter gleichzeitiger Stellungnahme zu der erfolgten Kündigung des Reichstarifs für das Buch- und Zeitungsdruckerhilfspersonal. In reichlich 1½stündiger Ausführung berichtete der Vorsitzende, Kollege Beyer, über den Gang der Verhandlungen, dabei hob er hervor, daß die seit 1½ Jahren übermäßig hohe Konjunktur nunmehr einen normalen Arbeitsgang Platz gemacht hat. Diefer Umstand ist aber teilweise von den Unternehmern dazu benutzt worden, speziell gegen das Hilfspersonal vorzugehen. Trotz Vollarbeit erfolgten in vielen Fällen Kündigungen. Durch Klagen vor dem Arbeitsgericht wurden einige aufgehoben oder durch Abfindung entsprechend den Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes abgegolten. Die Selbstnappheit, entspringen aus der von der Regierung angestrebten sogenannten Reinigungsstrafe, führte dazu, daß in einem ganzen Teile von Betrieben einseitiges Ansagen von Kurzarbeit erfolgte. Ein großer Teil Schuld mag hierbei einem besonders piffigen Unternehmerhündnis zuzuschreiben sein infolge einer Veröffentlichung im Schiefstein, wonach die Prinzipale, ohne das Verjonal zu fragen, die Arbeitszeit herabsetzen können. Dieses Vorgehen ist natürlich ungeheßlich, da das ein Aufheben des einzelnen Arbeitsvertrages bedeutet, was niemals geschehen kann, ohne den anderen Teil, nämlich die Arbeiterchaft, zu befragen. Die darauf hineingefallenen Prinzipale haben ja dann auch die Kosten tragen müssen. Das Verjonal mußte weiter voll beschäftigt werden. Andere Betriebsinhaber gingen dazu über, beim schäfflichen Arbeitsministerium die Stillelegung zu beantragen, aber nur als sogenanntes Vorbeugungsmittel; Arbeit sei genügend vorhanden, aber kein Geld. Das wurde in jeder einzelnen Verhandlung seitens der Prinzipale und deren Leitungen erklärt. Eine Anzahl Firmen hatten Stillelegung beantragt, konnten aber nicht einmal Kurzarbeit, die die Organisationsvertreter in den Verhandlungen ohne irgendwelche Entlassungen durchsetzten, lange aufrechterhalten. Daraus geht deutlich hervor, daß die ganzen Maschinenfabriken nur Konjunkturpolitik der Unternehmer darstellen, und daß bis jetzt noch keine Ursache vorhanden ist, schwarz in die Zukunft zu sehen; aber schließl müssen wir schon heute werden, was gesehen soll. Das Ziel der Prinzipale ist, den Reichstarif nicht wieder zu erneuern, damit diese Herren natürlich zu ihrem weitgehenden Nutzen Betriebsstarie oder gar Abmachungen mit den einzelnen Arbeitern abschließen können. Dringend wird die Kollegenchaft ermahnt, sich diese schwere Situation vor Augen zu führen, um zu erkennen, wie notwendig es ist, sich zu festigen und zu wappnen für den bevorstehenden schweren Kampf. Nur so wird es ein Leichtes sein, den Gegner mit seinen listigen und uns schwer schädigenden Maschinenfabriken niederzuschlagen.

Auf der Gauleiterkonferenz haben 13 Gauleiter einen Situationsbericht gegeben, woraus zu ersehen war, daß wir normale Konjunktur haben. Leipzig rechnet zurzeit mit einer Arbeitslosenziffer von 6 Proz., wodurch die angeführte Ansicht bestärkt wird. Bedauerlich ist, daß von unseren Kolleginnen nicht allerorts die große Konjunktur ausgenutzt worden ist und sie sich nicht ihren Leistungen entsprechend bezahlen ließen.

Die eiserne Ruhe der Verammlung, die ernste, aber kräftige Aussprache aller Redner zeigte, daß die Anwesenden sich voll und ganz der Situation bewußt sind, in die sie gedrängt werden sollen, und gerade deshalb gab es nur eine Meinung, die in nachstehender Resolution einstimmig zum Ausdruck kam:

„Die heutige Funktionärversammlung hat auf die Tarifkündigung der Prinzipale nur das eine Wort: „Ohne Kampf keinen Lohnabbau, ohne Kampf keine Preisgabe des Reichstarifs“. Die Leipziger Funktionäre haben immer zu kämpfen verstanden und werden das jetzt erst recht tun; sie wissen, was sie ihrer Organisation, was sie sich selber schuldig sind.

Magdeburg. Bisher war kein Thema und kein Vorkommnis geeignet, das Interesse der Mitglieder so hervorzuheben, als die Absicht der Prinzipale, mit der Kündigung des Reichstarifs die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Die am 21. Januar 1926 stattgefundene Verammlung, welche sich mit dieser Sachlage beschäftigte, wies dann auch einen starken Besuch auf. Der zirka 500 Personen fassende Saal war derart überfüllt, daß ein großer Teil

der Besucher keinen Platz mehr fand. Kollegin Boffe gab einen ausführlichen Bericht über die Situation. Sie betonte besonders, daß es im Interesse der gesamten Kollegenchaft liegt, daß Einzelabmachungen oder Betriebsverträge unter keinen Umständen abgeschlossen werden dürfen, wenn auch eine bessere Bezahlung in Aussicht gestellt würde. Der Weg führt nur über die Organisation zum Reichstarif. In folgender Resolution, welche einstimmig angenommen wurde, fand der Wille der Verammelten seinen Ausdruck:

„Das am Donnerstag, den 21. Januar 1926, verammelte graphische Hilfspersonal protestiert entschieden gegen die Absichten der Buch- und Zeitungsdruckerunternehmer, die Bestimmungen des Reichstarifs abzubauen resp. ganz zu beseitigen. Die Verammlung erwartet vom Hauptvorstand, daß er alle gewerkschaftlichen Mittel anwendet, um nicht nur die Absichten der Unternehmer zu durchkreuzen, sondern Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen in einem Reichstarif zur Durchführung zu bringen.“

Die Diskussion brachte die große Empörung über den Veruch der Prinzipale, Verschlechterungen und das frühere tariflose Verhältnis einzuführen, zum Ausdruck. Der Veruch der Verammlung und die Stimmung derselben lassen die Hoffnung aufkommen, daß der Veruch der Prinzipale nur ein Veruch bleibt.

Unter Punkt Verschlebens wurde noch gegen die Art, wie in den einzelnen Ländern von den früheren Fürsten Entschädigungen verlangt werden, protestiert. Unter Hinweis darauf, daß trotz der großen Erregung niemand etwas im Arbeitsverhältnis ohne die Einwilligung der Organisationsleitung unternehmen soll, auch bei der Einführung von Kurzarbeit oder Entlassungen, wurde die imposante Verammlung geschlossen.

Kunstschau.

Das Lohnabkommen für die Buchdrucker-Buchbinder ist bis 28. Februar verlängert worden. Die Verhandlungen am 14. Januar über eine Neugestaltung der Löhne sind demnach resultatlos verlaufen. Der Lohn-tarif läuft nun gleichzeitig mit dem Manteltarif bis Ende Februar wie unser Tarif und das Lohnabkommen der Buchdrucker. Auch bei den Verhandlungen über eine Änderung des Ortsklassenverzeichnisses für den Reichstarif der Buchdruckerbuchbinder konnte keine Einigung erzielt werden. Es bleibt bis zum Ablauf des Manteltarifs bei dem bisherigen Zustande.

Kampflustige, aber gefehesuntundige Meister. Weniger klug und wenig als ihr großer handwerklicher Vorfahre Hans Sachs, den man gerade in diesen Tagen wieder in der Erinnerung feiern, müssen wohl die ehrenwerten Schuhmacher in Steinbach-Hallenberg (Thüringer Wald) sein. Die dortige Schuhmacherzwanngsinnung gab nämlich durch eine Zeitungsanzeige öffentlich bekannt, daß ihre Meister Soden und Schube auf keinen Fall in Reparatur nehmen würden, die in Kolonialwarenhandlungen und Konsumvereinen gekauft worden seien. Das war gewiß recht kampflustig, aber nicht besonders klug gehandelt. Die Schuhmacherzwanngsinnung mußte sich denn auch darüber behördlichweise beehren lassen. Auf eine beim Landratsamt eingelegte Beschwerde hat dieses den Schuhmachern durch eine Verfügung auf Grund der Reichsgewerbeordnung ausgegeben, in derselben Zeitung, die die Kampfanzeige der Schuhmacher enthielt, also wiederum öffentlich bekanntzugeben, daß die Anzeige der Schuhmacher in Steinbach-Hallenberg den gesetzlichen Bestimmungen widerspricht und daher unzulässig ist. Das Landratsamt war überdies noch so freundlich, der Schuhmacherzwanngsinnung einen guten Rat zu geben, nämlich den, die Kosten der neuen Veröffentlichung von demjenigen einzuziehen, der die Anzeige feinerseitig veranlaßt hat. — Das kommt davon, wenn die Meister vom Knie-riemen Schube aus dem Konsumverein nicht stützen und nicht lobten wollen!

Briefkasten.

W. H. in Magdeburg. Der Artikel findet Aufnahme.

Abrechnungen.

In der Woche vom 18. bis 23. Januar sind bei der Hauptkasse die Abrechnungen des 4. Quartals von den Gauen Leipzig und Thüringen eingegangen. Gleichzeitig gingen die Restbeträge aus Leipzig in Höhe von 14 360,25 Mk. und aus Thüringen in Höhe von 2846,58 Mk. hier ein.

Berlin, den 23. Januar 1926. H. Sodahl.

Für die Woche vom 31. Januar bis 6. Februar ist die Beitragsmarke in das mit 5 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches oder -karte zu kleben.

Unserer lieben Kollegin Luise Schilling nebst ihrem lieben Gemahl die herzlichsten Glückwünsche zur Ver-mählung. Die Kollegenchaft der Zahlstelle Freiburg.

STERBETAFEL

Nach kurzer Krankheit starb unser lieber Kollege, der Stein-schleifer

Karl Allrake

(in Firma Molling & Co.)

im Alter von 68 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Zahlstelle Hannover.

Nach kurzem Krankenlager verstarb unsere liebe Kollegin

Margarete Bargon

(in Firma Engelhardt)

im Alter von 25 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahrt der Verstorbene

Die Zahlstelle Frankfurt a. M.

Verantwortlich für Redaktion: A. Schuler, Charlottenburg, West-scheldtstraße 16. Fernspr.: Amt Westend 1828. - Verlag: H. Kobalt, Charlottenburg. - Druck: Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Sinaer u. Co., Berlin SW. 68.